



CDU FRAKTION
SIEGEN



An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
17. Juni 2021	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

Datum:

17.06.2021

Antrag zum Tagesordnungspunkt 3.5 „Unterstützung für afghanische Ortskräfte“ der kommenden Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen am 23.06.2021

Resolution „Afghanische Bundeswehr-Ortskräfte in Sicherheit bringen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Universitätsstadt Siegen bitten, folgenden Antrag unter o. g. Tagesordnungspunkt der nächsten Sitzung des Rates zur Abstimmung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die folgende Resolution und beauftragt den Bürgermeister, die Resolution der Bundesregierung sowie den örtlichen Mitgliedern des Bundestags zur Kenntnis zu geben und auf eine entsprechende Umsetzung zu drängen.

„Der Rat der Universitätsstadt Siegen unterstützt die „Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte“ und fordert die Bundesregierung insbesondere auf,

- afghanische Bundeswehr-Ortskräfte und ihre Familienangehörigen zügig und unbürokratisch parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes in Sicherheit zu bringen, indem sie in Deutschland aufgenommen werden.
- Informationen über ein zu diesem Zweck vereinfachtes Verfahren für (ehemalige) Ortskräfte in Afghanistan öffentlich zu verbreiten.
- auf Prüfungsprozeduren, die in der Praxis weitgehend unmöglich oder für die Antragsteller und Antragstellerinnen unzumutbar sind, zu verzichten.
- auf Ausschlusskriterien, die der Realität nicht gerecht werden, wie die Beschränkung auf Personen, die in den letzten zwei Jahren als Ortskräfte tätig waren, zu verzichten.“

2. Die Stadt Siegen erklärt sich bereit, im Zuge der Zuweisungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden auch ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr aus Afghanistan und deren Familien aufzunehmen.

Begründung:

Der Antrag der FDP zu TOP 3.5 der Ratssitzung am 23.06.2021 spricht ein Thema an, welches in der Tat dringend einer Lösung bedarf, nämlich wie die afghanischen Ortskräfte der Bundeswehr nach der Beendigung des Abzuges der Bundeswehr aus Afghanistan in Sicherheit gebracht werden können. Allerdings verfehlt der FDP-Antrag das eigentliche Problem bei diesem



CDU FRAKTION
SIEGEN

Fraktion
der Universitätsstadt Siegen

SPD

Unterfangen. Nicht die Aufnahmebereitschaft von Kommunen, denen die afghanischen Ortskräfte im Rahmen ihres Asylverfahrens zugewiesen werden, ist das Problem, sondern das komplizierte und zeitaufwändige Antragsverfahren, um als Ortskraft der Bundeswehr anerkannt und nach Deutschland in Sicherheit gebracht zu werden. Da der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan bereits Mitte August abgeschlossen sein soll, fehlt die Zeit und auch die Mittel, um jeden Antrag intensiv zu prüfen. Auch sind nur Personen antragsberechtigt, die ihre Tätigkeit für die Bundeswehr erst vor weniger als zwei Jahren beendet haben. Afghanische Dolmetscher, qualifiziertes Fachpersonal, Wachleute, Hilfskräfte etc., die ihre Tätigkeit für die Bundeswehr vor mehr als zwei Jahren beendet haben, sind nicht antragsberechtigt. Gleichwohl wird ihr Leben und das ihrer Angehörigen von den Taliban bedroht. Diese haben immer wieder deutlich gemacht, dass sie diese Ortskräfte als Kollaborateure des Westens begreifen, die sie als Unterstützer eines militärischen Besatzungsregimes zur Verantwortung ziehen wollen. Um die Sicherheit aller ehemaligen Ortskräfte der Bundeswehr in Afghanistan zu gewährleisten, müssen daher alle, die dies wünschen, nach Deutschland gebracht werden, bevor der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan abgeschlossen ist.

Die Stadt Siegen erklärt sich bereit, im Rahmen ihrer Aufnahmeverpflichtung von Flüchtlingen und Asylsuchenden auch Ortskräfte der Bundeswehr aus Afghanistan und deren Familien aufzunehmen. Eine Beschränkung auf lediglich 5 Ortskräfte, wie von der FDP beantragt, ist nicht begründbar.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Weber
(Fraktionsvorsitzender der CDU)

Detlef Rujanski
(Fraktionsvorsitzender der SPD)

Anlage:

Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte, Quelle (Stand 16.06.2021):
https://www.dbwv.de/fileadmin/user_upload/Mediabilder/DBwV_Info_Portal/Einsatz_aktuell/2021/Aufruf-mit-Liste-Erstunterzeichnender.pdf

Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan: Afghanische Ortskräfte in Sicherheit bringen!

Der Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan hat begonnen und soll voraussichtlich Anfang Juli 2021 beendet sein. Das Bundesverteidigungsministerium hat erklärt, dass es in der Abzugsphase zu einer größeren Gefährdung der Soldatinnen und Soldaten kommen könne. Medien zitierten unter Berufung auf einen vertraulichen Bericht des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums, dass die Bundesregierung eine weitere erhebliche Verschlechterung der Sicherheitslage nach dem Abzug erwarte. Während die Truppe unter verstärkten Sicherheitsvorkehrungen längst bei den Vorbereitungen zur Rückkehr ist, wachsen die Befürchtungen der afghanischen Ortskräfte, die oft viele Jahre für die Bundeswehr, die deutsche Polizeiausbildungsmission, diplomatische Missionen und die staatlichen Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit u.a. tätig waren – als Dolmetscherinnen und Dolmetscher, qualifiziertes Fachpersonal, Wachleute und Hilfskräfte. Sie fürchten um ihre Sicherheit und ihr Leben - wie auch um das ihrer Familienangehörigen.

Wir fordern eine unbürokratische und schnelle Aufnahme der Betroffenen in Deutschland parallel zum Abzug!

Die Taliban haben immer wieder deutlich gemacht, dass sie diese Ortskräfte als Kollaborateure des Westens begreifen, die sie als Unterstützer eines militärischen Besatzungsregimes zur Verantwortung ziehen wollen. Über Anschläge auf und Morde an Ortskräften wird seit Jahren berichtet, u.a. aus britischen, deutschen und US-amerikanischen Quellen. Letztere berichten von etwa 300 getöteten US-Ortskräften. Viele Ortskräfte haben versucht, sich Bedrohungen durch Umzug in andere Regionen Afghanistans zu entziehen, was aber nur selten eine dauerhafte Lösung und das Ende der Gefährdung ist.

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat Mitte April von einer tiefen Verpflichtung der Bundesrepublik gesprochen, die afghanischen Ortskräfte jetzt nicht schutzlos zurückzulassen. Zu befürchten ist aber: Genau das geschieht. Wer die effektive Aufnahme wirklich will, der kann in den verbleibenden Wochen nur eine unbürokratische Prozedur für all die Ortskräfte und ihre Angehörigen umsetzen, die für deutsche Stellen gearbeitet haben: Öffentliche Bekanntgabe des Aufnahmeprogramms, Registrierung, Vorbereitung der Ausreise, die möglichst geschehen muss, solange die Bundeswehr noch im Lande ist, ggf. Durchführung von Charterflügen.

Der Verweis auf das bisherige Aufnahmeprogramm für afghanische Ortskräfte mit Abgabe einer individuellen Gefährdungsanzeige bei Vorgesetzten, in der nachgewiesen werden muss, dass für Bedrohungen durch die Taliban die Tätigkeit für deutsche Stellen entscheidend ist, ist angesichts der neuen Sicherheitslage nicht mehr zielführend. Das bisherige Verfahren ist viel zu zeitintensiv, insbesondere seit die Kapazitäten des deutschen Kontingentes im Lande mit dem beginnenden Abzug Woche für Woche schwinden.

Seit 2013 wurden nach Zahlen des Verteidigungsministeriums knapp 800 Ortskräfte (plus Familienangehörige) in Deutschland aufgenommen, fast alle jedoch innerhalb eines kurzen Zeitraums, nachdem das Programm diese Chance eröffnet hatte. Zwischen 2014 und 2021 sind dann gerade einmal 15 zusätzliche Aufnahmen hinzugekommen – trotz einer in diesem Zeitraum immer weiter sich verschlechternden Sicherheitslage.

Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

Zügige Aufnahme statt untauglicher Vorschläge

Das Bundesinnenministerium verweist wenige Wochen vor dem Truppenabzug die Ortskräfte auf das alte Prüfungsverfahren mit seinem bürokratischen Aufwand, was in der Kürze der Zeit nicht praktikabel ist. So steht zu befürchten, dass es kein effektives Aufnahmeprogramm, sondern lediglich ein Pseudo-Prüfungsprogramm geben wird. Der ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestages Reinhold Robbe hat schon vor Jahren den Umgang mit den Ortskräften als „beschämend“ und „unwürdig“ bezeichnet (vgl. bundeswehr-journal v. 17.10.2014). Diese Diagnose gilt bis heute. Wer seinen Dienst als Ortskraft vor mehr als zwei Jahren beendet hat, der soll von der Aufnahme in Deutschland ausgeschlossen bleiben. Im Ernstfall werden sich die Verfolger bei den Taliban wohl kaum an dieser Frist orientieren. Und noch nicht einmal die zuletzt beschäftigten ca. 500 Ortskräfte, die nicht pro forma bereits wegen dieser Ausschlussregelung aus dem Programm herausfallen, sollten sich darauf verlassen, dass aus der Ankündigung der Bundesverteidigungsministerin und guter Absicht praktische Hilfe wird.

Ein Büro für afghanische Ortskräfte in Kabul und evtl. an einem anderen Ort, so das BMI, soll eingerichtet werden, wo das umständliche Prüfungsverfahren zur Aufnahme stattfinden soll – als ob man sich nicht in einem Land befände, in dem längst ein Großteil der Regionen nicht mehr von der Regierung kontrolliert wird, Reisen riskant sind und selbst die deutsche Botschaft nur noch eingeschränkt operieren kann. Zu befürchten ist, dass ein solches Büro für die Taliban ein vorrangiges Anschlagziel werden könnte, insbesondere wenn sich die Sicherheitslage weiter verschärft.

Waren die Ortskräfte in den Jahren 2014/15, als der größte Teil derer nach Deutschland kamen, die eine Aufnahmezusage erhalten hatten, eine Gruppe, die unter den Geflüchteten hierzulande oft übersehen wurden, so haben sich in den Jahren danach Solidaritäts- und Unterstützungsstrukturen herausgebildet, nicht zuletzt auch ein Patenschaftsnetzwerk der Bundeswehr. Denn auch dort vertraten viele die Auffassung, dass denen, die die Einsatzrisiken mit deutschen Soldatinnen und Soldaten geteilt hatten und ohne die insbesondere die Verständigung in Afghanistan kaum möglich gewesen wäre, in bedrängter Situation geholfen werden müsse. Und für deren Integration wollte man sich einsetzen.

Anlässlich der Vorstellung eines Buches der Bundeszentrale für Politische Bildung im Dezember 2019, in dem die Rolle der afghanischen Ortskräfte dargestellt und gewürdigt wurde, brachte es einer der Mitautoren des Buches und langjähriger Bundestagsabgeordneter auf den Punkt: "(...) die Schlüsselrolle der afghanischen Ortskräfte: Ohne sie wäre der Einsatz unmöglich und von vorneherein aussichtslos gewesen. Mit ihrem Dienst für deutsche Einsatzkräfte meinten viele, ihrem Land am besten dienen zu können. Sie nahmen dafür hohe Belastungen und Risiken in Kauf. Dafür gebührt ihnen von deutscher Politik und Gesellschaft Aufmerksamkeit, Dank, Anerkennung nicht nur verbal (...) sondern auch praktisch. Wo Ortskräfte von sozialen und existenziellen Einsatzfolgen betroffen sind, an Leib und Leben, oft zusammen mit ihren Familien, da steht die Bundesrepublik Deutschland (...) in einer selbstverständlichen Fürsorgepflicht. Das ist ein Gebot der Verlässlichkeit, der Glaubwürdigkeit und auch der politischen Klugheit."

Ähnlich sehen es auch US-Militärs: Ex-US-General David Petraeus hat sich zusammen mit der Nichtregierungsorganisation *No One Left Behind* Ende April in einem Brief an US-Außenminister

Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

Antony Blinken dafür eingesetzt, alle notwendigen Ressourcen aufzubieten, um die afghanischen Ortskräfte aus Afghanistan herauszuholen, bevor die letzten US-Truppen das Land verlassen.

Zwar haben einige andere Truppenstellerstaaten, die z.T. schon vor langer Zeit aus Afghanistan abgezogen sind, ihre Fürsorgepflicht für die Ortskräfte ebenso verstanden und einigen „ihrer“ Ortskräfte Aufnahme gewährt. Demgegenüber waren andere Staaten zögerlich und stehen nun ebenfalls, wie die Bundesrepublik, vor der Situation, von Absichtserklärungen, die nicht eingelöst wurden, zu wirksamen Verfahren zu kommen. Jetzt, wo der vorzeitige und bedingungslose Abzug der US-Armee wie des deutschen Kontingentes die Risiken dramatisch erhöht hat, wäre ein anständiges und großzügiges Verhalten der Bundesregierung mehr denn je nötig. Wie sollten sonst diejenigen, die Unterstützer*innen in gefährlicher Situation zurücklassen, künftig erwarten können, als verlässliche Partner in allen Bereichen der internationalen zivilen und militärischen Zusammenarbeit angesehen zu werden?

Angesichts der akuten Bedrohung bisheriger Ortskräfte an Leib und Leben und bezugnehmend auf die Wertegebundenheit deutscher Krisenengagements (s. Leitlinien „Krisen verhindern“ der Bundesregierung 2017) erheben wir eindringlich die folgenden Forderungen:

Zügige und unbürokratische Aufnahme afghanischer Ortskräfte und ihrer Familienangehörigen parallel zum laufenden Abzug des deutschen Kontingentes.

Öffentliche Verbreitung von Informationen über ein zu diesem Zweck vereinfachtes Verfahren für (ehemalige) Ortskräfte in Afghanistan.

Verzicht auf Prüfungsprozeduren, die in der Praxis weitgehend unmöglich oder für die Antragsteller*innen unzumutbar sind.

Verzicht auf Ausschlusskriterien, die der Realität nicht gerecht werden, wie die Beschränkung auf Personen, die in den letzten zwei Jahren als Ortskräfte tätig waren.

Berlin, 11.05.2021

Erstunterzeichnende

- Prof. Dr. Michael Daxner, Berater des afghanischen Hochschulministers 2003-2006, Leiter des Afghanistan-Projekts im SFB 700 FU Berlin bis 2018
- Bernd Mesovic, Mitarbeiter von PRO ASYL a.D.
- Winfried Nachtwei, MdB a.D.
- Thomas Ruttig, Afghanistan-Analyst, UNSMA/UNAMA 2000-03, Stellv. des EU-Sondergesandten für Afghanistan 2003/04

Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

- Pfr. Albrecht Bähr, Sprecher der Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz
- Prof. Dr. Ingeborg Baldauf, Afghanistan-Forscherin an der Humboldt-Universität zu Berlin
- Dr. Hans-Peter Bartels, MdB 1998-2015, Wehrbeauftragter 2015-20
- bee4change e.V., Hamburg
- Hannah Birkenkötter, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Prof. Dr. Thorsten Bonacker, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg
- Eberhard Brecht, MdB und Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Dr. Doris Buddenberg, Leiterin des UNODC-Büros Afghanistan 2004-06
- Hans-Jörg Deleré, Neustadt-Pelzerhaken, DIPL.Bau-Ing. Straßenbau, als Sohn eines deutschen Beraters des afgh. Ministeriums für Öffentl. Arbeiten in Kabul aufgewachsen (1951-57) und 2006-09 im Auftrag der GIZ und des AA in Afghanistan tätig
- Bernhard Drescher, Oberstleutnant a.D., Bundesvorsitzender Bund Deutscher EinsatzVeteranen e.V.
- Detlef Dzembitzki, MdB i.R., Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Stefan Feller, Senior Adviser Auswärtiges Amt zur Kleinwaffenkontrolle, Leiter Polizeiabteilung im Rat der EU 2008-12, Leitender Polizeiberater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen 2013-17
- Botschafter a.D. Dr. Karl Fischer, Stabschef United Nations Assistance Mission in Afghanistan 2001-04
- Marga Flader, für Afghanistan-Schulen e.V.
- Freundeskreis Afghanistan e.V., der seit 1982 Selbsthilfeinitiativen im Land fördert
- Alexander Gunther Friedrich, UN Executive Secretary (rtd)
- Thomas Gebauer, Mitglied im Kuratorium der stiftung medico international
- Rainer L. Glatz, Generalleutnant a.D., Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr 2009-13
- Kristóf Gosztonyi, Forscher und Berater internat. Organisationen in Afghanistan, z.Zt. Univ. Osnabrück
- Angelika Graf MdB a.D., Ehrenvorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus, Vorsitzende des Vereins "Gesicht zeigen - Rosenheimer Bündnis gegen rechts" und Ombudsperson der Hilfsorganisation HELP
- Antje Grawe, UNAMA 2006, 2008-10 und 2018/19
- Marcus Grotian, Erster Vorsitzender Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte
- Heike Hänsel, MdB und Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Matthias Heimer, Militärgeneraldekan, Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr
- Generalleutnant a.D. Norbert van Heyst, 3. Kommandeur der International Security Assistance Force (ISAF) in Kabul von 10.02. - 11.08.2003
- Dr. Haschmat Hossaini, Literatur- und Sprachwissenschaftler (Iranistik), Berlin
- Prof. Dr. Klaus Hüfner, Präsident a.D., Deutsche UNESCO-Kommission
- Dr. Margret Johannsen, Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
- Jürgen Kanne, 2. Vorsitzender Afghanic e.V.
- Hans Peter von Kirchbach, General a.D. und ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr
- Dr. Anne Koch, Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- Susanne Koelbl, Journalistin „Der Spiegel“, Initiatorin des Poetry Project mit afghanischen Flüchtlingen

Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

- Tom Koenigs, MdB i.R., UN-Sondergesandter für Afghanistan 2006-07
- Karin Kortmann, Vize-Präsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZDK)
- Gerald Knaus, Gründungsvorsitzender European Stability Initiative (ESI), Wien/Berlin
- Prof. Dr. rer.pol. Dr. h. c. theol. Klaus Leisinger
- Dr. Kerstin Leitner, Beigeordnete Generaldirektorin, WHO, Genf
- Dr. Thomas Loy, Oriental Institute, Czech Academy of Sciences, Prag
- Daniel Lücking, Redakteur ND.Der Tag, Offizier ISAF Kunduz/Masar-e-Sharif, 2005-08
- Klaus Ludwig, Bundespolizeibeamter a.D., langjährige Erfahrung am Flughafen Ffm; seit 2016 ehrenamtliches Engagement in der Betreuung afgh. Flüchtlinge
- Eckhard Maurer, Kriminalhauptkommissar i.R., Garbsen, leitete 10 Jahre lang khyberchild e.V. mit Projekten in Afghanistan
- Kerstin Müller, MdB 1994-2013, Staatsministerin im Auswärtigen Amt 2002-05
- Botschafter a.D. Bernd Mützelburg, Leiter Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt 2002-05, Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für Afghanistan und Pakistan 2009-10
- Nanette Nadolski, Marketing- und Kommunikationsberaterin u. Afghanistan-Netzwerk bei matteo e.V., Weichs
- Prof. Dr. Sönke Neitzel, Universität Potsdam
- Dr. Hannah Neumann, MdEP
- Prof. Dr. Christine Nölle-Karimi, Wien, Stellvertretende Direktorin, Institut für Iranistik, Österreichische Akademie der Wissenschaften
- Karin Nordmeyer, Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Dr. med. Thomas Nowotny, Arzt, Stephanskirchen, Initiator www.change.org/nodeportation
- Johannes Pflug, MdB i.R., stellv. Sprecher für Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion sowie Vorsitzender der SPD Task Force Afghanistan/Pakistan 2009-13
- Maximilian Pichl, Wissenschaftl. Mitarbeiter am Fachbereich Rechtswissenschaft Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Ruprecht Polenz, MdB 1994-2013, Vors. des Auswärtigen Ausschusses 2005-13
- Nadia Qani, Inhaberin des kultursensiblen Pflegedienstes in Frankfurt/Main und Autorin
- General a.D. Egon Ramms, Oberbefehlshaber Allied Joint Force Command der NATO in Brunssum 2007-10
- Generalleutnant a.D. Friedrich Riechmann, erster Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr 2001-04
- Reinhold Robbe, MdB 1994-2005, Wehrbeauftragter 2005-10
- Dr. Lutz Rzehak, Privatdozent, Zentralasien-Seminar der Humboldt-Universität zu Berlin
- Narwan Sayed, Hamburg
- Klaus-Hermann Scharf, Vorsitzender Fachbereich Zivile Beschäftigte im Bundesvorstand des Deutschen Bundeswehrverbandes
- Niklas Schenck, Autor und Filmemacher
- Prof. Dr. Conrad Schetter, Professor für Friedens- und Konfliktforschung, Universität Bonn, und Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC)
- General a.D. Wolfgang Schneiderhan, 14. Generalinspekteur der Bundeswehr 2002-09
- Wolfgang Schomburg, ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof und den UN-Tribunalen für das frühere Jugoslawien und Ruanda
- Georg Schramm, Kabarettist (ZDF-Sendung "Neues aus der Anstalt")
- Ulrike Schultz, Journalistin, Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung Islamabad und Kabul 2001-09
- Dr. Hans-Ulrich Seidt, Deutscher Botschafter in Afghanistan 2006-08
- Dr. Anja Seiffert, Bundeswehr-Forscherin, Leiterin für die sozialwissenschaftliche Begleitung des Afghanistaneinsatzes seit 2009
- Kava Spartak, Berlin
- Dr. Rainald Steck, Deutscher Botschafter in Afghanistan, 2004-06
- Andrea Thies, European Police Mission in Afghanistan, 2008-15

Initiative zur Unterstützung der Aufnahme afghanischer Ortskräfte

- Uwe Trittman, Studienleiter Evangelische Akademie Villigst / Berlin (Villigster Afghanistan-Tagung)
- Verband afghanischer Organisation in Deutschland e.V., Berlin
- Dr. Kira Vinke, Sprecherin des Beirats Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung
- Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei NRW (2002-15) a.D., Vorsitzender der Bund-Länder Arbeitsgruppe Internat. Polizeiemissionen (AG IPM) 2002 -20
- Thomas Wiegold, Journalist, Berlin
- Dr. Almut Wieland-Karimi, Leiterin des Landesbüros Afghanistan der Friedrich-Ebert-Stiftung 2002-05
- Kathrin Willemsen, Unterstützer:innen-Initiative Oranienburg
- Ronja von Wurmb-Seibel, Autorin und Filmemacherin
- Oberstleutnant Andre Wüstner, Bundesvorsitzender des Deutschen BundeswehrVerbandes
- YAAR e.V., Berlin
- ZAN e.V., Frankfurt am Main
- Massieh Zare, Bremen
- Prof. Dr. Christoph Zöpel, MdB a.D., Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1999-2002

Stand: 13. Mai 2021, 18.00 Uhr